Stand: 12.07.2025 09:27:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4143

"Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern - Finanzmittel des Bundes nach Bayern leiten - eigenes kofinanziertes Landesprogramm auflegen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4143 vom 14.10.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5212 des GP vom 26.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5423 vom 11.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 11.12.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 14.10.2019 **Drucksache 18/4143**

Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Hans Herold, Klaus Holetschek, Thomas Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal, Josef Zellmeier CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und **Fraktion (FDP)**

Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern – Finanzmittel des Bundes nach Bayern leiten – eigenes kofinanziertes Landesprogramm auflegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ab dem Nachtragshaushalt 2020 die erforderlichen Haushaltsmittel einzuplanen, um eine Beteiligung des Freistaats Bayern am Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion zu ermöglichen.

Begründung:

Nach aktuellen Statistiken bleiben mehr als sechs Millionen Deutsche ungewollt kinderlos. Ihnen stehen heute auf Grund des medizinischen Fortschritts zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Die dabei anfallenden Behandlungskosten der Reproduktionsmedizin stellen jedoch vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen vor enorme Schwierigkeiten. Nach der Rechtsänderung auf Bundesebene, die im Jahr 2004 in Kraft getreten war, war deutschlandweit die Zahl der Geburten nach IVF von 17.000 auf 8.000 gesunken – und hatte sich folglich auf weniger als die Hälfte verringert.

Zwischenzeitlich stellt der Bund mit der am 1. April 2012 in Kraft getretenen „Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion“ finanzielle Hilfen für Kinderwunschbehandlungen bereit – allerdings unter dem Vorbehalt, dass das Bundesland, in dem ein betroffenes Paar seinen Hauptwohnsitz hat, ein eigenes Landesprogramm zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen auflegt.

Der Wunsch des Landtags ist es, dass auch der Freistaat Bayern ab dem Jahr 2020 ein solches Landesprogramm schafft und finanziert. Denn die Chance auf ein Wunschkind darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Für den Freistaat ist dabei mit Kosten von rund 5,8 Millionen Euro pro Jahr zu rechnen. Diese Summe ist ab dem Haushaltsjahr 2020 in den Staatshaushalt einzustellen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.11.2019 **Drucksache** 18/**5212**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/**4143**

Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern - Finanzmittel des Bundes nach Bayern leiten - eigenes kofinanziertes Landesprogramm auflegen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Bernhard Seidenath**
Mitberichterstatter: **Martin Hagen**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 22. Oktober 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 26. November 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 11.12.2019 **Drucksache** 18/**5423**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Hans Herold, Klaus Holetschek, Thomas Huber, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Manuel Westphal, Josef Zellmeier CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/**4143**, 18/**5212**

Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern – Finanzmittel des Bundes nach Bayern leiten – eigenes kofinanziertes Landesprogramm auflegen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ab dem Nachtragshaushalt 2020 die erforderlichen Haushaltsmittel einzuplanen, um eine Beteiligung des Freistaates Bayern am Bundesprogramm zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion zu ermöglichen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Martin Hagen
Abg. Christina Haubrich
Abg. Roland Magerl
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Jürgen Mistol
Staatsministerin Kerstin Schreyer
Abg. Andreas Winhart
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u. a. (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern - Finanzmittel des Bundes nach Bayern leiten - eigenes kofinanziertes Landesprogramm auflegen (Drs. 18/4143)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung richtet sich nach der Redezeit der stärksten Fraktion.Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD 4 Minuten, SPD 4 Minuten, FDP 4 Minuten, Staatsregierung 9 Minuten, die beiden fraktionslosen Abgeordneten jeweils 2 Minuten. – Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion. Herr Seidenath, Sie haben das Rednerpult.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Anfang darf ich die Bayerische Verfassung zitieren, und zwar Artikel 125 Absatz 1 Satz 1. Dort heißt es: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes." Das ist der Blickwinkel der Gesellschaft, Familien sehen das erst recht so. Kinder zu bekommen, ist ein großes Glück. Wahrscheinlich ist es das größte Glück im Leben eines Menschen. Dieses junge Leben, diese kleine Persönlichkeit ins Leben begleiten zu dürfen, mitzuhelfen, sie zu selbstbestimmungsfähigen und verantwortungsfähigen Persönlichkeiten zu entwickeln, wie das in Artikel 125 Absatz 1 Satz 2 der Bayerischen Verfassung steht, ist eine große, eine fordernde, manchmal schwierige, jedenfalls aber unvergleichlich schöne Aufgabe.

Diese schöne Aufgabe, dieses große Glück bleibt aber vielen Menschen in unserem Lande verwehrt, obwohl sie es sich sehr wünschen. Sie können auf natürlichem Wege keine Kinder bekommen. Letztlich ist das noch eines der Tabuthemen in unserer Gesellschaft. Hierüber spricht man nicht. Deshalb ist auch nicht klar, wie viele Menschen davon überhaupt betroffen sind. Es geistern Zahlen von rund sechs Millionen Menschen in Deutschland herum. Wenn man die Kinder weglässt, dann sind das fast 10 % der Menschen in Deutschland. Fast 10 %! Das Traurigsein über diese Tatsache kann sich für die Betroffenen auch zu einer echten psychischen Belastung auswachsen, sogar zu einer behandlungsbedürftigen Belastung. Das kann dann zu Kosten im Gesundheitswesen führen.

Wir müssen also handeln. Das ist recht einfach. Wir schlagen es mit unserem Antrag vor. Wir beteiligen uns am entsprechenden Programm des Bundes und machen dieses für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern überhaupt erst nutzbar. Wir gleichen so aus, was die gesetzliche Krankenversicherung – GKV – seit 2004 nicht mehr bezahlt.

Mit dem Antrag, den wir heute hier beraten und beschließen, wollen wir den Zugang zur Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern. Wir wollen Finanzmittel des Bundes nach Bayern leiten, und wir wollen ein eigenes kofinanziertes Landesprogramm auflegen. Der Landtag soll deshalb beschließen, dass ab dem Nachtragshaushalt 2020 die hierfür erforderlichen Mittel eingeplant werden. Deshalb beraten wir diesen Antrag auch heute direkt nach der Ersten Lesung des Nachtragshaushalts 2020.

Hintergrund und gute Nachricht ist, dass Paaren aufgrund des medizinischen Fortschritts zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Dabei fallen aber hohe Behandlungskosten an. Eine gängige Methode beispielsweise ist die In-vitro-Fertilisation – IVF. Diese kostet pro Versuch rund 3.000 Euro. Für die Intrazytoplasmatische Spermieninjektion – ICSI – sind die Kosten noch höher. Statistisch gesehen gibt es erst nach drei bis vier Versuchen eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass eine Schwangerschaft auch eintritt. Früher waren es

vier Versuche, jetzt sind es drei Versuche, die als erfolgversprechend gelten. Der Betrag wird also leicht fünfstellig. Seit der Rechtsänderung auf Bundesebene durch das GMG – Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung – aus dem Jahr 2004 stehen deshalb vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen vor enormen Schwierigkeiten. Das sieht man auch daran, dass seit 2004, also seit der geänderten Erstattung seitens der gesetzlichen Krankenversicherung, pro Jahr in Deutschland die Zahl der Geburten nach IVF von 17.000 auf 8.000 gesunken ist. Das ist weniger als die Hälfte. Auf unseren Freistaat umgerechnet bedeutet das, dass in Bayern seither pro Jahr mehr als 1.000 Kinder nicht geboren worden sind bzw. nicht geboren werden. Seit April 2012 stellt der Bund nun mit der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion" finanzielle Hilfen für Kinderwunschbehandlungen bereit, allerdings unter dem Vorbehalt, dass das Bundesland, in dem ein betroffenes Paar seinen Hauptwohnsitz hat, ein eigenes Landesprogramm zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen auflegt.

Nach unserem heutigen Beschluss wird nun auch der Freistaat Bayern ab dem Jahr 2020 ein solches Landesprogramm auflegen und finanzieren und somit die Gelder seitens des Bundes abgreifen. Die Chance auf ein Kind darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Wir rechnen für den Freistaat mit Kosten von rund 5,8 Millionen Euro pro Jahr. Diese Summe muss in die künftigen Staatshaushalte eingestellt werden. Wir werden ab dem Haushaltsjahr 2020 mit der Finanzierung beginnen, sobald der Haushalt beschlossen und in Kraft ist, also etwa ab Mai 2020.

Meine Damen und Herren, der Antrag, den wir heute beschließen, ist ein ganz besonderer Antrag. Er ist ein ganz besonderer Antrag für viele Paare in unserem Land, die sich sehnlich ein Kind wünschen. Er ist aber auch deshalb ein besonderer Antrag, weil

er ein interfraktioneller Antrag ist, in diesem Fall ein Antrag der Regierungsfraktionen und der FDP. So viele solche Anträge gibt es nicht. Außerdem wurde der Antrag im federführenden Ausschuss als Sachantrag einstimmig beschlossen. Auch das kommt nicht sehr häufig vor. Auch das ist ein deutliches Zeichen.

Außerdem ist das ein Antrag, dem ein langes Werben, Ringen und Kämpfen vorausging. Seit fast acht Jahren, seit es das Programm des Bundes gibt, seit April 2012 setze ich mich persönlich, setzen sich aber auch andere in meiner Fraktion dafür ein, dass sich Bayern an diesem Programm beteiligt, damit wir die Paare, die ungewollt kinderlos sind, bei ihrer medizinischen Perspektive so unterstützen, wie das vor dem GKV-Modernisierungsgesetz 2004 der Fall war. Deshalb ist heute ein guter Tag für die Familien in Bayern, vor allem aber für die, die es werden wollen. Endlich kommen wir diesen entscheidenden Schritt weiter.

Wichtige Mitstreiter waren von Anfang an die frühere Familienministerin Christa Stewens und der frühere Ausschussvorsitzende Joachim Unterländer. Beide verfolgen unsere heutige Debatte als ausgeschiedene Parlamentarier. Sie freuen sich sicherlich ebenso wie ich über den heutigen Tag, und das mit Recht. Es geht nämlich auch darum, den demografischen Wandel abzumildern. Der demografische Wandel, der uns vor enorme Herausforderungen stellt, geht auch und gerade darauf zurück, dass immer weniger Kinder geboren werden bzw. wurden. Das zeigen am besten die Jahreszahlen 1964 und 2012. 1964 sind mehr als doppelt so viele Kinder auf die Welt gekommen wie 2012. Das führt zu diesen enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Deshalb muss unser Ziel sein, dass sich alle, die sich Kinder wünschen, diesen Wunsch auch erfüllen können und dass sich der Staat an den Kosten dieser medizinischen Assistenz beteiligt. Er hat auch etwas davon. Deshalb sage ich: Dieses Geld ist enorm gut investiert.

Kostengründe haben 2004 zu diesem Gesetz auf Bundesebene geführt. Es ging darum, die Kosten für die gesetzliche Krankenversicherung einzudämmen. Die Kosten der Reproduktionsmedizin sind aber zum guten Teil und in der Tat eine familienpoliti-

sche Leistung. Deshalb ist die Aufteilung, die wir nun vornehmen, aus meiner Sicht sehr vernünftig. Einen Teil zahlt weiterhin die Solidargemeinschaft der GKV, den anderen Teil zahlen die Steuerzahler aus Bund und Land. Nun wird es die Aufgabe des bayerischen Familienministeriums sein, die Details des Landesprogrammes festzulegen. Der Anfang aber wird heute gemacht.

Deshalb noch einmal: Heute ist ein guter Tag. Es ist ein lang ersehnter Tag für die Familien in Bayern und vor allem für diejenigen, die es werden wollen. Ich bitte Sie herzlich, wie bereits im Ausschuss geschehen, auch hier unserem Antrag zuzustimmen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Seidenath für seine Ausführungen. Es mag purer Zufall sein, dass wir gerade über Kinder und Kinderwunsch sprechen, während wir hier Kinderstimmen hören. Ich freue mich und sage zu der Mutter ausdrücklich: Wir haben hier Geduld und sind froh, wenn Sie mit Ihren Kindern da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, bei diesem Tagesordnungspunkt ist es angebracht, dies zu sagen. – Dann darf ich Herrn Abgeordneten Martin Hagen von der FDP-Fraktion aufrufen. Herr Kollege Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucher auf der Besuchertribüne und insbesondere Besucherinnen!

(Allgemeine Heiterkeit)

Hunderttausende Menschen, auch Männer und Frauen in Bayern, leiden unter Unfruchtbarkeit. Sie können auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen. Die moderne Reproduktionsmedizin – Herr Kollege Seidenath hat das medizinisch-technisch detail-

liert dargestellt – bietet vielen von ihnen heute, Gott sei Dank, eine Möglichkeit. Aber dieser Weg zum Wunschkind ist nach wie vor ein steiniger. Er ist gepflastert mit Stress und Druck; er ist gepflastert mit vielen Hoffnungen und vielen Enttäuschungen. Zur psychischen und emotionalen Belastung kommt leider auch eine enorme finanzielle Belastung hinzu. Kinderwunschbehandlungen sind sehr teuer, und viele Paare können sich die hohen Kosten für eine künstliche Befruchtung – häufig sind es auch mehrere künstliche Befruchtungen – nicht leisten. Zumindest beim letzten Punkt können wir, die Politik, die betroffenen Paare unterstützen. Ein Kinderwunsch darf nicht länger am Geldbeutel scheitern. Deshalb ist es gut, dass wir heute diesen Antrag auf den Weg bringen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seit nunmehr sieben Jahren, beinahe acht, übernimmt der Bund ein Viertel der nach Abzug der Kassenleistung verbleibenden Kosten.Bis heute können bayerische Paare diesen Zuschuss nicht in Anspruch nehmen, weil er an eine Kofinanzierung des Bundeslandes gekoppelt ist. Diese hat Bayern leider bisher noch nicht auf den Weg gebracht. Diese Kofinanzierung wollen wir heute auf den Weg bringen. Ich freue mich darauf, wenn die Staatsregierung im Jahr 2020 ein entsprechendes Gesetz vorlegt. Wir gehen davon aus, dass durch dieses Gesetz in Bayern künftig rund 1.000 Kinder jährlich geboren werden können, die ohne diese Förderung niemals das Licht der Welt erblickt hätten. Das ist eine wunderbare Sache. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Es freut mich, dass alle Fraktionen – das kommt in diesem Haus nicht häufig vor – ihre Zustimmung zum Antrag signalisiert haben.

Ich möchte mich besonderes bei meinem Vorredner bedanken, dem Kollegen Seidenath, der als Vorsitzender im Gesundheitsausschuss maßgeblich Anteil daran hat, dass wir diesen Antrag zu einem gemeinsamen Antrag der FDP mit den Regierungsfraktionen machen konnten. Er hat sich persönlich schon viele Jahre – wie viele andere auch – für dieses Thema engagiert.

Natürlich wird mit diesem Antrag nicht alles gut. Wir werden nach wie vor viel zu tun haben, um Paare zu unterstützen. Bundesrechtlich gibt es nach wie vor ein Embryonenschutzgesetz aus den frühen Neunzigerjahren, das den medizinischen Möglichkeiten nicht Rechnung trägt. Immer noch sind viele Paare gezwungen, ins Ausland, nach Spanien oder Osteuropa, zu gehen, um sich dort beispielsweise durch eine Eizellenspende den Kinderwunsch zu erfüllen. Wir als FDP-Fraktion glauben, dass wir hier modernisieren sollten. Auch in diesem Bereich sollten wir bayerischen und deutschen Paaren mehr Unterstützung zukommen lassen. Zudem geht es um den Kreis der Berechtigten: Unser Programm gilt insbesondere für verheiratete heterosexuelle Paare. Hier sollten wir mit der Zeit gehen. Aber all dies sind Bundesregelungen. Heute erleichtern wir für bayerische Paare den Zugang zur Reproduktionsmedizin. Damit geben wir vielen bayerischen Paaren Hoffnung. Ich danke Ihnen dafür.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Hagen für seine Worte. – Ich darf für die GRÜNEN die Abgeordnete Frau Christina Haubrich aufrufen. Bitte schön.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland ist beinahe jedes zehnte Paar zwischen 25 und 59 Jahren ungewollt kinderlos. Das haben wir bereits gehört. Wer sich trotzdem den Kinderwunsch erfüllen möchte, hat oft einen harten Weg vor sich: Hormonbehandlungen, Ungewissheit, Verzweiflung bei einem negativen Ergebnis. Vor allem aber ist es ein sehr teurer Weg. Ein Versuch kostet um die 3.000 Euro. Das ist eine ganze Menge Geld. Deshalb fordern wir GRÜNE schon seit 2016 durchgehend, dass ein bayerisches Förderprogramm aufgelegt wird. Leider haben Sie unsere Anträge bis jetzt immer abgelehnt. Bis zum Jahr 2004 wurden die Kosten für vier Versuche übernommen. Nachdem diese Regelung abgeschafft wurde, übernimmt der Bund seit 2012 bis zu 25 % der Kosten für die ersten drei Versuche. Die einzige Bedingung ist, dass das Bundesland des jeweiligen Paares ein eigenes Förderprogramm auflegt. Acht Bundes-

länder haben das bereits getan. Bayern hat bis jetzt immer noch kein eigenes Förderprogramm. Jetzt, sieben Jahre später, ist es an der Zeit, dass wir endlich nachziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass die bayerische Regierung bis jetzt keine Förderrichtlinie zustande gebracht hat, ist ein Trauerspiel, zumal Bayern das reichste Bundesland ist. Dabei schreibt sich die Regierung doch so gerne Familienwerte auf die Fahne.

In meiner Rede zum Doppelhaushalt im Frühjahr habe ich zuletzt darauf hingewiesen, dass wieder kein Geld für ein Förderprogramm eingestellt wurde. In Ihrem Antrag fehlen außerdem Details zu den Förderrichtlinien. Wie sollen diese spezifisch aussehen? – In Ihrem Antrag finde ich dazu nichts. Wie plant der Freistaat die Umsetzung eines Förderprogramms? Wird es auch für unverheiratete Paare gelten? Bekommen verheiratete und unverheiratete Paare die gleiche Fördersumme? Weichen die Förderrichtlinien von denen im Bund ab? – Wir machen Menschen mit Kinderwunsch das Leben unnötig schwer. Das ist nicht in Ordnung. Wenn der Wunsch nach einer eigenen Familie, nach einem eigenen Kind da ist, dann sollten wir auch helfen. Auch homosexuelle Paare, Transmenschen und Frauen ohne Partner haben Kinderwunsch. Wir leben im 21. Jahrhundert, in dem jeder das Recht haben sollte, sich für die Erfüllung des Kinderwunsches die nötige Unterstützung zu holen. Da muss auf Bundesebene nachgebessert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Familien sind die Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Jeder Mensch braucht Familie. Aber wir verweigern einigen dieses Recht, und das ist nicht fair.

Die psychische Belastung einer künstlichen Befruchtung ist hart. Lassen Sie uns zumindest dafür sorgen, dass die Paare nicht auch in einen finanziellen Bankrott getrieben werden. Da können wir ansetzen. Da können wir helfen. Lassen Sie uns ein För-

derprogramm auflegen, das mehr Menschen ermöglicht, eine eigene Familie zu gründen. Wir stimmen Ihrem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin Haubrich, ich bedanke mich für Ihre Worte. – Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Magerl von der AfD-Fraktion aufrufen. Herr Magerl, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern braucht Kinder. Wir als Partei, die sich zur traditionellen Familie bekennt, werden diesem Antrag natürlich zustimmen.

Der Kollege Seidenath hat es vorhin bereits angesprochen: Es kommt nicht alle Tage vor, dass wir uns im Ausschuss fraktionsübergreifend einig sind, wenn es um einen zu beratenden Antrag geht. Bei diesem Antrag war es so. Es hat, denke ich, jeder Fraktion Freude gemacht, diesem Antrag zuzustimmen. Wir waren uns alle einig, dass dieser Antrag eine super Sache ist.

Parallel dazu gibt es aber immer noch dunkle Wolken, die wir vor uns hertreiben. Wir brauchen nur das Thema Abtreibungen näher betrachten. Dieses Thema wird ab und an auch forciert. Pro Jahr gibt es immer noch rund 100.000 legale Abtreibungen, die wir als AfD so nicht unterstützen können.

(Beifall bei der AfD)

Bayern braucht Nachwuchs. Es wäre fatal, denjenigen nicht zu helfen, die Probleme haben, auf natürlichem Wege Kinder zu bekommen. Außerdem kann man das neben vielen sinnlosen Begrüßungsanträgen verwenden, um sich kurz vor Weihnachten selbst zu beweihräuchern. Wie eingangs erwähnt, stehen wir natürlich hinter diesem Antrag. Wer ungewollt kinderlos ist, soll bei den heutigen Möglichkeiten die Chance er-

halten, über die assistierte Reproduktionsmedizin Nachwuchs zu bekommen. Dafür braucht es finanzielle Mittel, die bereitgestellt werden. Das finden wir gut.

Als konservative und werteorientierte Partei ist es uns sehr wichtig, dass eine Familie aus Mann, Frau und Kind besteht. Nein, das hat nichts mit der uns vorgeworfenen Homophobie zu tun, wie es von der linksextremen Seite im Haus vermutlich sofort wieder getwittert wird.

(Beifall bei der AfD)

Jeder kann seine Sexualität ausleben, wie er will. Das ist uns völlig egal. Dennoch stehen wir für ein traditionelles Wertebild, und gerade deshalb muss für uns sichergestellt sein, dass die Mittel nur an solche Familien fließen, die aus Mann und Frau bestehen und denen der Wunsch, auf natürlichem Wege ein Kind zu zeugen, unerfüllt geblieben ist.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Das Wort hatte der Abgeordnete Roland Magerl. – Ich darf als Nächste Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bereits erwähnt worden, dass wir alle froh sind, dass wir diesen Schritt nun gehen können. Dieses Förderprogramm des Bundes gibt es bereits seit März 2012. Es ist schon noch einmal nötig, einen Blick darauf zu werfen. Ich möchte aber nicht alles wiederholen, was die Fraktionen bisher mitgeteilt haben. Bislang wurden derartige Anträge stets abgelehnt. Das war im Jahr 2016, im Jahr 2017 und im Jahr 2018 so. Wenn wir diesen Antrag gemeinsam beschließen, dann ist das ein eindeutiger Fortschritt.

Aber die Angelegenheit ist einen Rückblick wert: Die aktuelle Sozialministerin hat im Jahr 2017 im Sozialausschuss angekündigt, dass in den Nachtragshaushalt 2017 ein

bayerisches Förderprogramm aufgenommen werden soll. Dies ist nötig, damit die Bundesmittel fließen können. Das war angekündigt. Bei der Umsetzung war leider Fehlanzeige. Um die Förderung des Bundes zu bekommen, müssen die Bundesländer eigene Förderprogramme auflegen. Andere Bundesländer haben ein solches Programm schon längst aufgelegt. Jetzt kommt Bayern endlich in die Gänge.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht, dass unabhängig von den Bundesländern Zuschüsse gewährt werden sollen. Das ist jedoch kein Grund für Untätigkeit. Es geht nur um die Hälfte der verbliebenen Kosten. In der Zwischenzeit hätte man durchaus schon tätig werden können. Wenn man sich die Protokolle des Sozialausschusses und die Antworten der Staatsregierung auf entsprechende Anfragen ansieht, begegnet man einem eigentümlichen Begründungskreislauf. Das eigene Landesförderprogramm in Bayern wurde abgelehnt, weil keine Mittel im Haushalt bereitgestellt worden sind. Im Haushaltsausschuss wurde das Programm abgelehnt, weil keine Entscheidung des zuständigen Ausschusses vorlag. Dieser hat es wiederum abgelehnt, weil keine Mittel im Haushalt vorgesehen waren. Das ist, ehrlich gesagt, ein ziemlich blödes Hase-und-Igel-Spiel.

Vorhin haben wir gehört, es sei zu erwarten, dass mehr Kinder auf die Welt kommen. Bisher wurden etwa 1.000 Kinder pro Jahr in Bayern nicht geboren, weil es die Unterstützung nicht gegeben hat. Das hat Herr Kollege Seidenath gesagt. Die Zahlen sind zurückgegangen. Wäre da vor diesem Hintergrund nicht etwas mehr Eile angebracht gewesen?

(Beifall bei der SPD)

Die Regierung und die CSU haben ebenfalls gesagt, dass sie sich bereits seit dem Jahr 2012 dafür einsetzen. Wir würden gerne wissen, welche Widerstände Sie überwinden mussten. Sie haben darauf hingewiesen, dass sich die frühere Ministerin Stewens und der frühere Ausschussvorsitzende Unterländer heute freuen. Wo waren die

Widerstände, die dazu geführt haben, dass wir erst jetzt – kurz vor dem Jahr 2020 – dieses eigene Förderprogramm bekommen?

Von allen Kolleginnen und Kollegen wurde schon einiges über das Leid und die Belastungen gesagt, wenn der Kinderwunsch nicht erfüllt werden kann. Das gilt natürlich nicht nur für Ehepaare, sondern auch für Unverheiratete und eingetragene Lebenspartnerschaften. Ganz offensichtlich ist bis dahin noch ein relativ weiter Weg zu gehen. Tatsächlich muss etwas auf Bundesebene geändert werden. Wir wollen aber nicht wieder so lange warten müssen, bis das auf bayerischer Ebene umgesetzt werden kann. Deshalb hoffen wir, dass wir uns auf das hartnäckige und nachhaltige Engagement aller Vertreter sowohl der Koalitionsfraktionen als auch der Oppositionsfraktionen verlassen können. Das wäre ein wirklicher Fortschritt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Waldmann, ich bedanke mich bei Ihnen. – Von den FREIEN WÄHLERN hat sich Prof. Dr. Peter Bauer zu Wort gemeldet. Herr Prof. Dr. Bauer, Sie haben das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung freue ich mich wirklich, dass über diesen Antrag so einmütig beraten und abgestimmt wurde. Es ist ein wichtiger Antrag für alle Patientinnen und Patienten in Bayern. Es ist ein wichtiger Antrag für Menschen, die sich ein Kind wünschen und es auf natürlichem Wege nicht bekommen. Es ist entscheidend, dass wir dieses Vorhaben gemeinsam auf den Weg bringen. Herr Kollege Seidenath, Sie haben es bereits gesagt: Es ist ein besonderes Zeichen, dass drei Fraktionen diesen Antrag eingebracht haben. Sowohl im federführenden Ausschuss als auch im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich für diese Einmütigkeit bedan-

ken. Dies ist ein starkes Zeichen für die Übereinstimmung und die Verfolgung gemeinsamer Ziele.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist aber auch ein starkes Zeichen für über 6 Millionen Menschen in Deutschland, die ungewollt kinderlos bleiben. Geschätzte Kolleginnen Waldmann und Haubrich, ich möchte auf die Vorwürfe von der SPD und den GRÜNEN eingehen. Sie sagen, Bayern sei zu spät dran. Blicken wir doch ehrlich zurück. Im Jahr 2004 hat Bundesministerin Andrea Fischer von den GRÜNEN dies unter einer rot-grünen Bundesregierung eingeführt. Das ist doch die Ursache dafür. Das muss man an dieser Stelle der Ehrlichkeit halber auch sagen.

(Ruth Waldmann (SPD): Das waren die Kassen!)

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft auch nicht gestalten. Dieser Antrag korrigiert endlich diese völlig falsche Gesundheitspolitik. In der Folge ist die Zahl der durch künstliche Befruchtung herbeigeführten Geburten von rund 17.000 auf ungefähr 8.000 zurückgegangen. Der vorliegende Antrag ist ein starkes Zeichen dafür, dass die Chance auf ein Wunschkind nicht vom Geldbeutel abhängt. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt für unsere gesamtgesellschaftliche Einstellung und unser soziales Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ungewollte Kinderlosigkeit ist eine schwere Belastung für Betroffene, insbesondere auch für Frauen. Daran müssen wir ebenfalls denken. Dieser wichtige Aspekt ist in dieser Diskussion noch nicht genannt worden. Deshalb wollte ich ihn ausdrücklich erwähnen. Die Mittel in Höhe von 5,8 Millionen Euro sind gemessen am Gesamthaushalt sehr überschaubar, sie sind jedoch ein Segen für betroffene Menschen und eine echte, nachhaltige Investition in die Zukunft, in unsere Kinder und unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Mistol hat sich noch rechtzeitig zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jürgen Mistol (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Prof. Dr. Bauer, Sie haben die These aufgestellt, Rot-Grün wäre schuld daran, dass in Bayern so lange nichts passiert sei. Sie haben gesagt, die damalige Gesundheitsministerin Andrea Fischer wäre 2004 dafür ausschlaggebend gewesen. Ich habe nachgeschaut. Andrea Fischer war von 1998 bis 2001 Bundesministerin. Zu diesem Zeitpunkt war sie schon drei Jahre nicht mehr im Amt. Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Herr Mistol, ich nehme gerne die Korrektur zur Kenntnis. An der Ursache ändert sich jedoch nichts. Damals war das eine Fehlentscheidung. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Ruth Waldmann (SPD): Es waren die Kassen!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Jetzt darf ich unsere zuständige Staatsministerin Schreyer ans Rednerpult bitten. Frau Staatsministerin, bitte schön.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein schönes Zeichen, wenn wir es fraktionsübergreifend schaffen, diesen Antrag auf den Weg zu bringen. Ich möchte mich besonders bei Herrn Seidenath und Herrn Huber bedanken. Viele haben jahrelang für dieses Thema gekämpft. Am Ende des Tages liegt es immer daran, wie viel Geld wir für den Haushalt bekommen. Deshalb sage ich zunächst einmal ein herzliches Vergelts Gott für diesen unermüdlichen Kampf seit vielen Jahren.

Herr Magerl von der AfD, ich finde es merkwürdig, dass Sie in der Debatte einen Zusammenhang zwischen künstlicher Befruchtung und Abtreibung herstellen. Ich wünsche jeder Frau, dass sie nie in die Situation kommt, überlegen zu müssen, ob sie eine Abtreibung vornimmt oder nicht. Ich halte es für sehr vermessen, wenn Sie als Mann erklären, wie schlimm Abtreibungen seien. Gehen Sie zu den Frauen, und reden Sie mit ihnen über ihre psychische Verfassung. Ich finde es unerträglich, dieses Thema damit zu vermischen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich bin sehr froh, wenn uns der Bayerische Landtag als Haushaltsgesetzgeber das Geld zur Verfügung stellt. Davon hängt es ab, inwieweit wir in der Lage sind, ein Förderprogramm aufzulegen. Wir werden das ausgesprochen gerne tun. Selbstverständlich ist es wichtig, das Förderprogramm schnellstmöglich umzusetzen. Deswegen möchte ich deutlich sagen: Die Menschen, die sich Kinder wünschen, haben es verdient, dass wir das zügig umsetzen. Sobald das Geld im Haushalt genehmigt ist, werde ich das selbstverständlich als zuständige Ministerin tun, weil mir das Thema auch persönlich sehr wichtig ist.

Wir werden schnellstmöglich überlegen, wer die Förderung erhält und wie diese ausgestaltet wird. Das werden wir gemeinsam mit den Fraktionen tun. Das hängt natürlich vom finanziellen Rahmen im Haushalt ab. Mir ist es an dieser Stelle jedoch wichtig zu betonen, dass der Bund deutlich in der Pflicht ist. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht, dass wir eine einheitliche Förderung für alle Länder wollen. Es wäre unsinnig, wenn in einem Land durch den Bund anders gefördert wird als in einem anderen Land.Ich habe die Bundesministerin Giffey bereits im März 2019 nochmal darauf hingewiesen, dass sie bitte schön den Koalitionsvertrag zu diesem Thema erfüllen möge. Insofern, Frau Kollegin Waldmann: Ich verstehe den Ärger über die Untätigkeit, aber Ärger bitte schön über die Untätigkeit der Bundesministerin; denn unsere Aufgabe ist an dieser Stelle klar: Wir haben den Antrag der Fraktionen, den wir sehr gerne umset-

zen werden, wenn die Mehrheit hier im Haus steht und hoffentlich auch Einstimmigkeit herrscht, wie ich das verstehe. Das hilft dann, dass unser Teil des Zuschusses fließt. Aber natürlich wäre es schöner, wir hätten Bewegung beim Bund. Es ist nicht mal strittig: Es steht im Koalitionsvertrag. Man muss es nur umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Also bitte immer sehen: Der Bund ist hier auch an der Aufgabe beteiligt. Mir ist wichtig, dass wir den Paaren, die durch einen schwierigen Prozess gehen, ein Angebot machen können und die finanzielle Unterstützung hinbekommen; denn es darf nicht sein, dass sie zum einen zu Bittstellern werden, und zum anderen, wie Kollege Seidenath gerade ausgeführt hat, darf es keine Frage der Finanzen sein. Der Kinderwunsch muss, wenn man ihn hat, umsetzbar sein. Was wir als Freistaat dazu tun können, werden wir tun. Ich hoffe trotzdem, dass auch der Bund seine Hausaufgaben macht. Ich glaube, dann werden wir für diese Familien eine sehr gute Lösung bekommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, die erste vom Abgeordneten Winhart. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich war etwas schockiert über die Worte, die Sie an meinen Kollegen Magerl gerichtet haben. Sie haben mehr oder weniger wortwörtlich gesagt, dass sich Männer bitte nicht zu dem Thema Abtreibung äußern sollen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hat es anders formuliert!)

– Das ist aber genauso angekommen und so rübergekommen. – Ich muss ganz ehrlich sagen: Auch Väter haben gewisse Rechte. Denen gehört irgendwie auch ein Anteil am Kind. Es ist also nicht die Entscheidung der Frau alleine. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich würde mir wünschen, dass wir hier nicht solche Diskussionen führen, sondern uns auf das Thema beschränken.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das würden wir uns auch wünschen!)

Das heißt heute entsprechend, dass wir mehr Nachwuchs wollen, und in diesem Sinne hat sich auch der Herr Magerl geäußert. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich dafür entschuldigen könnten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Ministerin.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Kollege Winhart, es hilft nichts, wenn Sie mir das Wort dreimal im Mund umdrehen, bis es endlich zu der Argumentationskette passt, die Sie gerade formuliert haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Der Kollege hat bei der Fragestellung "Künstliche Befruchtung" deutlich einen Zusammenhang zu der Fragestellung der Abtreibung hergestellt. Das ist völlig inakzeptabel.

Natürlich haben Väter genauso Rechte wie Mütter. Die Frage einer Abtreibung müssen Väter und Mütter miteinander diskutieren. Das steht außer Frage. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Frage "Unerfüllter Kinderwunsch" in Zusammenhang mit der Abtreibung zu diskutieren, passt erstens nicht, und zweitens sage ich Ihnen nochmal: Frauen geraten oft in eine Abtreibungssituation oder überlegen, ob sie das Kind behalten können, weil sich die Väter nicht der Verantwortung stellen und nicht als Partner an Ihrer Seite stehen. Ich würde mir da wesentlich mehr Einfühlsamkeit für die Frauen wünschen, die in einer Notsituation sind. Ich finde es unerträglich, diese zwei Themen zu vermischen. Dafür entschuldige ich mich nicht; denn die Frauen haben ein Recht darauf, dass wir diese Notlage ernst nehmen, jegliche Beratung anbieten und die Väter bereit sind, mit den Damen den Weg zu gehen und zu schauen, ob es vielleicht

doch möglich ist, die Kinder auf die Welt zu bekommen. Aber dazu brauchen wir die guten Väter. Nachdem so viele Männer im Raum geklatscht haben, glaube ich, dass die meisten Männer verstanden haben, was ich sagen wollte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD gemeldet. Bitte, Frau Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Es ist eigentlich schade, dass man jetzt, obwohl wir diesen Antrag gemeinsam beschließen werden, ein paar Sachen geraderücken muss. 2004 haben die Kassen bei der künstlichen Befruchtung die Hälfte der Bezahlung eingestellt. Das war eine Sache der Krankenkassen.

(Martin Hagen (FDP): Nein!)

Seit März 2012 gibt es jetzt das Bundesprogramm und seither auch die Verpflichtung, dass die Länder ein eigenes Landesförderprogramm auflegen müssen. Da kann man nicht sagen, dass der Bund seine Hausaufgaben nicht gemacht hätte. Gott sei Dank hat der Bund auf Betreiben von Manuela Schwesig hin das Programm 2016 ausgeweitet, sodass auch unverheiratete Paare einen Zuschuss bekommen können.

Wenn man den Inhalt des im gemeinsam ausgehandelten Koalitionsvertrags umsetzt, macht das ein bayerisches Landesförderprogramm nicht überflüssig; denn dieser Beitrag wird weiterhin gebraucht. Sonst wäre es ganz unsinnig, heute einen solchen Beschluss zu fassen. Es bleibt dieser lange Zeitraum von 2012 bis jetzt, in dem andere Bundesländer zu einer Umsetzung kommen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Ministerin, bitte schön.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Frau Kollegin Waldmann, ich habe mich nur deswegen gemeldet, weil Sie uns Untätigkeit vorwerfen und das halt objektiv nicht stimmt. Wenn ein Koalitionsvertrag besteht, bei dem übrigens die CSU maßgeblich dazu beigetragen hat, festzulegen, dass wir dieses Thema bundesweit geregelt haben wollen, dann kann man sagen, jeder kann schneller usw. werden. Aber dann müssen Sie sich gefallen lassen, zu hören, dass die zuständige Bundesministerin leider nicht schnell war in der Fragestellung und der Bund seine Aufgaben nicht gemacht hat. Das nützt, ehrlich gesagt, auch nichts. Sie verweisen darauf – das ist spannend –, dass auch diejenigen Paare, die nicht verheiratet sind, berücksichtigt werden sollen – eine Auffassung, die ich im Übrigen durchaus teile. Der Bund hat aber im Moment die Idee, dass ein Arzt attestieren soll, ob diese Beziehung langfristig angelegt ist.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich wünsche den Ärzten viel Vergnügen, die erkennen sollen, ob eine Beziehung langfristig angelegt ist oder nicht. Das wird sicherlich nicht der bayerische Weg sein. Das mag der Weg der Bundes-SPD sein. Der bayerische CSU-Weg wird es nicht sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt Zustimmung. Wer dem interfraktionellen Antrag der Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN und FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN, CSU, FDP und AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist diesem Antrag zugestimmt worden.